

Qualität für alle! Schule der Zukunft?

Agnes Alpers, Fraktion DIE LINKE im Bundestag, hatte eingeladen: Wie ist eine gute Schule, die allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Bildung vermittelt, umzusetzen? Über diese Frage diskutierte sie am 4. Mai mit den Schulleitern Helmut Zachau und Dr. Wolfram Grams, sowie mit Prof. Dr. Hans-Georg Schönwälder vom Institut für interdisziplinäre Schulforschung der Universität Bremen und mit Wolfgang Luz vom Paritätischen Bremen. Dabei war es von Anfang an unstrittig, dass diese Schule bis zur 10. Klasse alle Kinder gemeinsam unterrichten muss, um die Kinder nicht von Bildungschancen auszuzugrenzen und so endlich die Verbindung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Einigkeit bestand zudem darin, dass die immer weiter um sich greifende Armut in der Gesellschaft das größte Problem für die Gestaltung einer gelingenden Schule ist. Umso leidenschaftlicher wurde deshalb aber um die Frage gerungen, ob durch eine Neuverteilung von Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Trägerschaften in den Schulen die Qualität von Schulen verbessert werden könnte.

Wolfgang Luz vertrat als Geschäftsführer des Paritätischen das Konzept der Bürgerschulen, mit dem Stiftungen und Vereinen die Möglichkeit eröffnet werden soll, in eigener Regie Schulen zu gründen, die vom Staat mit den gleichen Mitteln auszustatten wären wie die öffentlichen Schulen, dürften dafür jedoch keinerlei Schulgeld verlangen. Die freien Träger hätten auf diese Weise die Gelegenheit, eine Praxis zu entwickeln, die für alle Beteiligten motivierend wirke und sich so von der demotivierenden Gängelung durch die Bildungsbehörde abhebe. Von eben dieser Gängelung berichtete auch Helmut Zachau vom Schulzentrum Walle und forderte dementsprechend, dass Schulen zukünftig als Anstalten des öffentlichen Rechts zu führen seien, um in Eigenverantwortung auf die jeweiligen Gegebenheiten reagieren zu können. Die demokratische Kontrolle sei ein wichtiges Prinzip – so Helmut Zachau – doch dürfe durch Reglementierung von oben nicht die Initiative vor Ort gelähmt werden.

Dr. Wolfram Grams vom Schulzentrum Neustadt hielt dieser Argumentation entgegen, dass er viele Beispiele engagierter Lehrkräfte an staatlichen Schulen kenne, die aber in einer Situation der permanenten Unterfinanzierung der Schulen schnell an ihre Grenzen stoßen. Angesichts dieser Erfahrung und der Erfahrung, dass innovative Lehrmethoden an der mangelnden Unterstützung des Schulträgers scheitern, sei zu vermuten, dass es oft kein wirkliches Interesse an einer Veränderung gebe. Dr. Wolfram Grams stellte daher die Frage, ob gute Schulen nicht auch einer guten Gesellschaft bedürfen, in der ein Konsens über das Ziel der gleichen Teilhabe aller Menschen bestünde und in der auf dieser Grundlage über die besten Wege zu diesem Ziel gestritten werden könne. Um diese Rahmenbedingungen müsse politisch gekämpft werden.

Prof. Dr. Hans-Georg Schönwälder formulierte in seinen Beiträgen stets die Anforderungen, die an eine gute Schule zu stellen sind. So seien Vergleichstests abzulehnen, weil sie vielleicht etwas über die Merkfähigkeit der Schülerinnen und Schüler aussagen, aber nichts über die Qualität der Schule. Vielmehr müssten Schulen verbindliche Verabredungen treffen, welche Ziele erreicht werden sollen. Es müsse um den Lernfortschritt und nicht um die Leistung gehen. Prof. Dr. Hans-Georg Schönwälder: „Das ist das Einfache, das schwer zu machen ist.“

Die sich anschließende Diskussion widmete sich vor allem der Frage, wie der Spagat zwischen dem Ziel der aktiven Teilhabe aller Betroffenen im Bildungswesen und der notwendigen demokratischen Kontrolle von Schule zu bewerkstelligen wäre: Der Hoffnung, über neue Strukturen neue Gestaltungsmöglichkeiten durchzusetzen, stand die Befürchtung gegenüber, mit den neuen – nichtstaatlichen – Strukturen auch Konzernen den Weg in das Bildungswesen zu öffnen. Diese könnten ihre Angebote nach vordergründigen Verwertungsinteressen gestalten und auf diesem Weg neuen Bevormundungen von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften Bahn brechen. Prof. Dr. Hans-Georg Schönwälder vertrat in diesem Zusammenhang die Position, dass nur ein öffentliches Schulwesen die Gewähr böte, dass notwendige Standards auch einklagbar sind. Nichtsdestoweniger bleibt festzuhalten, dass in den Schulen nichts über die Köpfe der dort arbeitenden Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte hinweg entschieden werden darf. Insofern hat die von Wolfgang Luz formulierte Forderung Bestand, dass die Schulen in die Hände der Gesellschaft gelegt werden müssen. Dies umzusetzen bleibt Kernbestand linker Politik und wird auch Gegenstand weiterer von Agnes Alpers angebotenen Diskussionsveranstaltungen werden.

Florian Grams